

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Maria Kreiner, Osnabrück

Rechtsradikalismus als Reaktion auf eine gesellschaftliche Krise

Ein Erklärungsversuch nach Hannah Arendt

Vorbemerkung — Bei der Begrüßung zum Friedensgespräch »Rechtsextremismus in Deutschland: Soziale Krise, politische Handlungsunfähigkeit und Nazi-Ideologie« stellte der Präsident der Universität *Claus Rollinger* die Frage: »Wie kann es das eigentlich geben: Rechtsextremismus in Deutschland nach sechs Jahrzehnten der Vergangenheitsbewältigung?«

Mehr als sechs Jahrzehnte zuvor war das nationalsozialistische Herrschaftssystem zusammengebrochen. Es hinterließ ein moralisches Desaster, das – folgt man Hannah Arendt – im Grunde gar nicht zu verantworten ist:

»Stellt man sich angesichts dieser [...] Ereignisse auf den Boden spezifisch abendländischer Geschichte, so kann man sagen: Dies hätte nicht geschehen dürfen, und zwar in dem Sinne, in dem Kant meinte, daß während eines Krieges nichts geschehen dürfe, was einen späteren Frieden schlechthin unmöglich machen würde. Das Entsetzen, das sagt: Dies hätte nicht geschehen dürfen, meint nicht, daß wir dies nicht wiedergutmachen können (denn gutmachen kann man ohnehin niemals, wo Menschen wirklich handeln), sondern daß wir dies nicht verantworten können. Politisch übernimmt jede Regierung eines Landes die Verantwortung für das, was die vorhergehende getan hat, auch wenn sie trachtet, es rückgängig zu machen. Ohne eine solche Übernahme gäbe es keine geschichtliche Kontinuität.«¹

Nach sechs Jahrzehnten deutscher Vergangenheitsbewältigung könnte man geradezu daran verzweifeln, dass Rechtsextremismus in Deutschland immer wieder Konjunktur hat. Die Rechtsextremismusforschung bietet unterschiedliche Erklärungsansätze für dieses Phänomen. Nach *Jürgen R. Winkler* stellen diese bislang nur eine Aufsummierung von Ursachenbehauptungen dar.² Bei meiner Beschäftigung mit Totalitarismustheorien ist mir aufgefallen, dass diese Theorien durchaus plausible Ansätze bieten,

den gegenwärtigen Rechtsradikalismus in Deutschland zu erklären. Denn Rechtsradikalismus war Teil der Ideologie des Totalitarismus. *Hannah Arendt* sucht in ihrem 1953 erschienenen Aufsatz *Ideologie und Terror: Eine neue Staatsform* nach dem »eigentlichen Wesen der totalen Herrschaft«. ³ Dabei vertritt sie die These, dass die totale Herrschaft eine neue, noch nie da gewesene Staatsform darstelle, die auf einer menschlichen Erfahrung gründete, die nie zuvor Grundlage menschlichen Zusammenlebens gewesen sei. Diese der totalen Herrschaft zugrunde liegende Erfahrung sei mit ursächlich für eine gesellschaftliche Krise, »in der wir heute alle und überall leben«. ⁴

Worin besteht diese neue Erfahrung menschlichen Zusammenlebens, die für die Menschen so ungeheuerlich sein musste, dass sie in der Lage waren, eine Herrschaft zu unterstützen oder wenigstens zu dulden, deren Politik eine Geschichte geschrieben hat, die keine nachfolgende Generation wirklich je verantworten kann? *Hannah Arendt* argumentiert nicht nur dafür, dass die totale Herrschaft ein radikal neues Phänomen ist, sondern sie ist zudem der Auffassung, dass sich die moderne Gesellschaft in einer Dauerkrise befindet, aufgrund derer sie immer wieder in Gefahr ist, dem Totalitarismus zu verfallen.

Worin besteht diese Krise moderner Gesellschaften, die die Menschen für totalitäre bzw. rechtsradikale Politik empfänglich macht? Meine These ist, dass der Rechtsradikalismus von heute ein Ausdruck dieser gesellschaftlichen Krise ist, die *Hannah Arendt* in ihrem Aufsatz beschreibt.

Zunächst werde ich *Arendts* Analyse des Wesens der totalitären Herrschaft darstellen, um zu zeigen, wie totalitäre Herrschaft funktioniert, warum unter ihr Verbrechen gegen die Menschheit möglich sind und worin ihre ›Attraktivität‹ besteht.

Im zweiten Abschnitt wird die Erfahrung menschlichen Zusammenlebens erläutert, die zu einer gesellschaftlichen Krise führt, die von totalitärer Herrschaft aufgegriffen und ausgenutzt werden kann.

Im letzten Teil wird der Rechtsradikalismus in Deutschland durch eine gesellschaftliche Krise erklärt, die in Zusammenhang mit der von *Hannah Arendt* entdeckten Erfahrung menschlichen Zusammenlebens steht.

I. Das Wesen der totalen Herrschaft — *Hannah Arendt* zufolge liegt die Originalität der totalitären Herrschaft darin, dass sie den Kontinuitätszusammenhang der deutschen Geschichte und die Begriffe und Kategorien okzidental politischen Denkens sprengt. Bislang unterschieden politische Theorien zwischen gesetzmäßiger Regierung (Monarchie, Republik) und tyrannisch-gesetzloser Willkür (Diktatur, Tyrannis). Beide Regierungsarten sind dadurch charakterisiert, dass es für die Politik *Verantwortliche* gibt. Die gesetzmäßige Regierung beruht auf positiv gesetztem Recht, in dessen

Rahmen der Monarch oder die Repräsentanten der Republik politisch handeln. Die Diktatur bzw. die Tyrannis beruht auf dem Willen eines allmächtigen Machthabers, der zwar gesetzlos, d.h. willkürlich, handelt, aber genauso wie die Vertreter einer gesetzmäßigen Regierung für seine Politik die Verantwortung übernimmt.⁵

Die totalitäre Herrschaft hingegen sei »gesetzlos«, weil sie prinzipiell alles positiv gesetzte Recht verletze, gleichgültig, ob es sich um überkommenes Recht handle, das sie nicht einmal abschaffe, oder um von ihr selbst erlassene Gesetze. Allerdings sei sie *nicht* willkürlich. Sie handle unter dem »Gesetz der Geschichte« (wie der »Stalinismus«) bzw. unter dem »Gesetz der Natur« (wie der Nationalsozialismus). Diese außermenschliche Instanz wird zur Quelle der Legitimität politischen Handelns. Das Gesetz der Geschichte bzw. das Gesetz der Natur ist dem Urteil und dem Einfluss der Menschen entzogen. Der ›Wille‹ der Natur oder der Geschichte kann letztlich nicht von Menschen verantwortet werden.

So behaupten die Führer einer totalitären Herrschaft,

»[...] eine Welt herstellen zu können, die von sich aus, unabhängig vom Handeln der Menschen in ihr, gesetzmäßig ist, in Übereinstimmung mit den die Welt eigentlich durchwaltenden Gesetzen funktioniert – wobei es gleichgültig ist, ob dieses Gesetz als das in der Natur geltende Recht oder ein dem geschichtlichen Verlauf immanentes Gesetz hingestellt wird.«⁶

Im Vergleich zu den anderen Regierungsarten kennzeichnet die totale Herrschaft, dass es in ihr keine Verantwortlichen gibt, sondern nur Vollstrecker eines höheren Gesetzes; keinen Legitimationsbedarf für politisches Handeln, sondern nur unbedingten Glauben an das ›höhere‹ Gesetz; keine Sanktionsmöglichkeit der Gewalthaber, sondern nur Gehorsam gegenüber diesen; keine Politik im Arendtschen Sinne, sondern Schicksal und keine Freiheit, sondern Fremdbestimmung; keine Macht im Arendtschen Sinne, sondern Terror.

Arendt vertritt einen äußerst positiven Machtbegriff, den sie streng vom Gewaltbegriff unterscheidet, und ihr Politikverständnis steht in der Tradition der Aufklärung. *Macht* entspricht laut Hannah Arendt

»[...] der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, als die Gruppe zusammenhält.«⁷

Gewalt hingegen sei durch ihren instrumentalen Charakter gekennzeichnet und stehe dem Phänomen der Stärke am nächsten.⁸

Stärke komme,

»[...] im Gegensatz zur Macht [...] immer einem Einzelnen, sei es Ding oder Person, zu. Sie ist eine individuelle Eigenschaft, welche sich mit der gleichen Qualität in anderen Dingen oder Personen messen kann, aber als solche von ihnen unabhängig ist. Stärke hält der Macht der Vielen nie Stand; der Starke ist nie am mächtigsten allein, weil auch der Stärkste Macht gerade nicht besitzt. Wo der Starke mit der Macht der Vielen zusammenstößt, wird er immer durch die schiere Zahl überwältigt, die sich oft nur darum zusammenschließt, um mit der der Stärke eigentümlichen Unabhängigkeit fertig zu werden.«⁹

Politik ist für Arendt ermächtigt Handeln aus Freiheit und in Verantwortung. Sie schreibt:

»Auf die Frage nach dem Sinn von Politik gibt es eine so einfache und in sich so schlüssige Antwort, daß man meinen möchte, weitere Antworten erübrigten sich ganz und gar. Die Antwort lautet: Der Sinn von Politik ist Freiheit.«¹⁰

Und an anderer Stelle:

»Daß Politik und Freiheit miteinander verbunden sind und daß die Tyrannis die schlechteste aller Staatsformen, ja die eigentlich antipolitische ist, zieht sich wie ein roter Faden durch Denken und Handeln der europäischen Menschheit bis in die jüngste Zeit. Erst die totalitären Staatsformen und die ihnen entsprechenden Ideologien [...] haben es gewagt, diesen Faden abzuschneiden.«¹¹

Hier wird Arendts aufklärerisches, der Idee der Autonomie verpflichtetes Politikverständnis deutlich. Die Autonomie besteht nach *Kant* in der reinen Selbstbestimmung des vernünftigen Willens, das heißt in der Selbstgesetzgebung.¹² Die Selbstbestimmung des vernünftigen Willens ist für Kant die Bedingung aller Sittlichkeit. Das Sittengesetz verlangt aber ein freies Wollen, welches nur durch die Form des Gesetzes bestimmt sein soll.¹³

Die Denker der Aufklärung glauben demnach, dass die Menschen kraft ihres Verstandes und ihrer Vernunft in der Lage sind, sich selbst Gesetze zu geben, unter denen sie in gegenseitiger Rücksichtnahme (sittlich) und

zum persönlichen Glück (Selbstverwirklichung) gemeinsam leben können. Dass sie sich selbst diese Gesetze geben können, setzt allerdings eben voraus, dass sie unter der Bedingung der Freiheit handeln, und nicht, dass ihr Handeln von Gott oder anderen Schicksalsmächten bestimmt wird. Das ist Autonomie: Selbst- statt Fremdbestimmung. Das Wohl und Wehe der Menschen hängt also nicht von Gottes Gnaden oder Ungnaden ab, sondern die Menschen selbst sind die Autoren der Menschheitsgeschichte und damit für die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verantwortlich.

Aus dieser Sichtweise folgt *Herrschaftskritik*. Denn die Herrscher können sich nach dieser Auffassung bei ihren politischen Entscheidungen nicht mehr auf Gott berufen, sondern müssen ihre Politik nun selbst bzw. gegenüber ihren Untertanen verantworten. Diese Voraussetzung der Autonomie, der freien Selbstbestimmung und Verantwortung des eigenen Handelns, woraus letztlich Macht im Arendtschen Sinne – nämlich gemeinsam zum Wohle aller zu handeln – resultiert, wird unter totalitärer Herrschaft völlig abgestritten. Während das positive Recht gesetzmäßiger Regierungen der stabilisierende Faktor für die ewig sich ändernden Umstände ist,¹⁴ der ›Zaun des Gesetzes‹ also relative Stabilität schafft und den Raum der Freiheit behütet,¹⁵ sind die Menschen in der totalitären Herrschaft des in freier Spontaneität entspringenden Handelns beraubt.

»Die Kontinuität menschlichen Zusammenlebens wird immer wieder durch das erschüttert, was wir gemeinhin die Freiheit des Menschen nennen; und das ist politisch die Geburt jedes neuen Menschen, der in dieses Zusammenleben hineingeboren wird, weil mit jeder neuen Geburt jedes neuen Menschen eine neue Freiheit, eine neue Welt anhebt. Diesen neuen Anfang hegen die Zäune der Gesetze ein und sichern ihm zugleich seine Freiheit, schaffen ihm den Raum, in welchem allein Freiheit sich verwirklichen kann. So garantiert das Gesetz die Möglichkeit eines voraussehbar, absolut Neuen und zugleich die Präexistenz einer gemeinsamen Welt, deren Kontinuität alle einzelnen Anfänge übersteigt; also eine Wirklichkeit, die alle neuen Ursprünge in sich aufnimmt und von ihnen sich nährt.«¹⁶

Der Lebensraum zwischen den Menschen ist der Raum der Freiheit. In diesem Raum der Freiheit findet *Handeln* statt. Handeln ist nach Arendt – im Gegensatz zum Herstellen und Arbeiten – immer auf andere bezogen und erfolgt mit den anderen zusammen.¹⁷ Terror als zentrales Element totalitärer Herrschaft vernichte diesen Lebensraum radikal.¹⁸

»Terror macht die Menschen unbeweglich, als stünden sie und ihre spontanen Bewegungen nur den Prozessen von Natur oder Geschichte im Wege, denen die Bahn freigemacht werden soll.«¹⁹

Der Terror macht die Menschen also handlungsunfähig. Das Leben der Menschen unter der totalitären Herrschaft hängt nicht mehr vom eigenen Handeln ab.²⁰ Das Handeln im Sinne des gemeinsamen Handelns gibt es nicht mehr.²¹ Aber wodurch wird das Handeln ersetzt? Die Menschen unter der totalitären Herrschaft haben doch nicht nur gearbeitet und Dinge hergestellt.

»An die Stelle des Prinzips des Handelns tritt die Präparierung der Opfer, die Natur- oder Geschichtsprozesse fordern werden, eine Präparierung, die den einzelnen gleich gut für die Rolle des Vollstreckers wie für die des Opfers vorbereiten kann.«²²

Diese Präparierung leistet in der totalitären Herrschaft die *Ideologie*. Die Ideologien

»setzen voraus, daß aus der jeweiligen Idee eine Logik sich entwickeln läßt, ja, daß die Idee in sich einen solchen logischen Prozeß enthält, den die Ideologie dann entwickelt.«²³

Arendt zählt drei spezifisch totalitäre Elemente auf, die allem ideologischen Denken eigentümlich seien. Sie erklärten erstens in ihrem Anspruch auf totale Welterklärung das, was wird, entsteht und vergeht.

»Der Anspruch auf totale Welterklärung verspricht die totale Erklärung alles geschichtlich sich Ereignenden, und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen.«²⁴

Dadurch werde zweitens ideologisches Denken unabhängig von aller Erfahrung und emanzipiere sich also von der Wirklichkeit. Die Ideologie bestehe auf einer »eigentlicheren« Realität, die sich hinter dem verberge, was wir mit unseren fünf Sinnen wahrnehmen.

»Der Emanzipation des Denkens von erfahrener und erfahrbarer Wirklichkeit dient auch die Propaganda der totalitären Bewegung [...]. Sind die Bewegungen erst einmal an die Macht gekommen, so beginnen sie, die Wirklichkeit im Sinne ihrer ideologischen Behauptungen zu verändern.«²⁵

Da Ideologien nicht die Macht haben, die Wirklichkeit tatsächlich zu verändern, verließen sie sich drittens auf das Verfahren ihrer Beweisführung:

»Dem, was faktisch geschieht, kommt ideologisches Denken dadurch bei, daß es aus einer als sicher angenommenen Prämisse nun mit absoluter Folgerichtigkeit – und das heißt natürlich mit einer Stimmigkeit, wie sie in der Wirklichkeit nie anzutreffen ist – alles Weitere deduziert. [...] So tritt an die Seite der angeblichen Erbarmungslosigkeit von Natur oder Geschichte die (wie Hitler zu sagen liebte) ›Eiskälte‹ der menschlichen Logik.«²⁶

Diese Logik überzeuge die Menschen,

»die sich auf ihre Erfahrungen nicht mehr verlassen wollen, weil sie sich mit ihnen in der Welt nicht mehr zurechtfinden können. An die Stelle der Orientierung in der Welt tritt der Zwang, mit dem man sich selbst zwingt, von dem reißenden Strom übermenschlicher, natürlicher oder geschichtlicher Kräfte mitgerissen zu werden.«²⁷

Das ›Zwingende‹ liege in dem Gebot, sich selbst nicht widersprechen zu dürfen:

»[D]as Zwingende in diesem seltsamen Gebrauch des Satzes vom Widerspruch liegt in der Annahme, daß Widerspruch alles sinnlos macht, daß Sinn und Stimmigkeit das gleiche sind.«²⁸

Das Wesen der Ideologie bestehe darin, aus einer Idee eine Prämisse zu machen, aus der sich zwangsmäßig etwas ereignen soll.²⁹ Wer A gesagt hat, müsse auch B sagen.

»Die Präparierung von Opfern und Henkern, welche das totalitäre Herrschaftssystem braucht [...], ist also nicht einmal die Ideologie selbst, sondern vielmehr die jeder Ideologie inhärente Logik des Deduzierens.«³⁰

Die drei totalitären Elemente bestehen also im Element der Bewegung, dem Element der Emanzipation von Wirklichkeit und Erfahrung und dem Element der Logik. Die große Anziehungskraft, die dieses sich selbst zwingende Denken auf moderne Menschen ausübe, liege in der Emanzipation von Wirklichkeit und Erfahrung.

Doch warum wollen die Menschen der Wirklichkeit entfliehen?

»Je weniger die modernen Massen in dieser Welt noch wirklich zu Hause sein können, desto geneigter werden sie sich zeigen, sich in ein Narrenparadies oder eine Narrenhöhle abkommandieren zu lassen, in der alles gekannt, erklärt und von übermenschlichen Gesetzen im vorhinein bestimmt ist.«³¹

Doch was ist, wenn die Wirkung der Ideologie nachlässt, wenn sie mit der Zeit den Glauben an die Prämissen der Ideologie – die ›klassenlose Gesellschaft‹ oder die ›Herrenrasse‹ – verlieren? Dann

»[...] bleibt ihnen doch wenigstens das ganze in sich stimmige Netz von abstrakt logischen Deduktionen, Folgerungen und Schlüssen, um sie vor dem Schock des rein Tatsächlichen zu schützen.«³²

Warum fühlen sich die Menschen in der modernen Gesellschaft nicht zu Hause? Dieses Gefühl gehe auf eine Erfahrung zurück, die die Menschen im Zusammenleben in der modernen Gesellschaft machten.

II. Die neue Erfahrung menschlichen Zusammenlebens in der modernen Gesellschaft und die daraus resultierende Krise — Um die spezifische Erfahrung in der modernen Gesellschaft zu erklären, geht Arendt auf Überlegungen *Montesquieus* zurück. Montesquieu gehe davon aus, dass in jeder politischen Formation ein einheitlicher Geist herrsche, der auf einer Grunderfahrung in der Gesellschaft beruhe, aus der das Prinzip öffentlichen Handelns entspringe. Diese Grunderfahrung sei also das Gemeinsame, was letztlich die Struktur der Staatsform und das in ihr angemessene Handlungsprinzip verbinde.³³ Die Grunderfahrung in einer Monarchie sei,

»[...] daß wir durch Geburt einer vom anderen verschieden und auf eine natürliche Weise voneinander und voreinander ausgezeichnet sind. Der Liebe zur Auszeichnung, die Ehre ist, muß die monarchische Gesetzgebung gerecht werden, denn sie bestimmt das Handeln in einer Monarchie.«³⁴

In der Republik sei es die Erfahrung, dass alle Menschen gleich seien:

»Die Grunderfahrung der Republik ist das Zusammensein mit gleich starken Mitbürgern; die republikanische Tugend, die das öffentliche Leben in ihr durchwaltet, ist die Freude, nicht allein zu sein; denn nur weil wir von Natur gleich, mit gleicher Kraft be-

gabt sind, sind wir miteinander zusammen. Allein sein heißt immer, zu existieren ohne seinesgleichen.«³⁵

Montesquieu hielt laut Arendt die Tyrannis nicht für eine echte politische Form menschlichen Zusammenseins. Das Prinzip politischen Handelns in der Tyrannis sei die Furcht. Die Furcht entspringe aus der Grunderfahrung der Ohnmacht.³⁶ Furcht jedoch sei

»[...] eigentlich gar kein Prinzip des Handelns, sondern im Gegenteil die Verzweiflung, nicht handeln zu können; innerhalb des politischen Bereichs ist sie eine Art antipolitisches Prinzip.«³⁷

Totalitäre Herrschaft beraube die Menschen in ihrer Fähigkeit zu handeln und der Terror zerstöre die Pluralität, was in jedem Einzelnen ein Gefühl hinterlasse, von allen ganz und gar verlassen zu sein:³⁸ »Die Grunderfahrung menschlichen Zusammenseins, die in totalitärer Herrschaft politisch realisiert wird, ist die Erfahrung der *Verlassenheit*« [Hervorh. i. Orig.].³⁹

Die Verbindung zwischen dem zwangsläufigen Deduzieren der Ideologien und der Verlassenheit sei erst von totalitären Herrschaftsapparaten entdeckt und ausgenutzt worden. Das spezifisch Zwingende der logischen Folgerungen könne nur den von allen Verlassenen mit ganzer Gewalt überfallen. Redensarten, wie »Wer A gesagt hat, muss auch B sagen« oder »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«, gäben Kunde von der Verlassenheit des Menschen.⁴⁰ Arendt unterscheidet Verlassenheit und Einsamkeit, wodurch noch deutlicher wird, worin Verlassenheit für sie genau besteht. In der Einsamkeit sei man mit sich selbst zusammen. Einsames Denken sei gerade dialogisch und in Gesellschaft mit jedermann.

»Verlassenheit entsteht, wenn aus gleich welchen personalen Gründen ein Mensch aus dieser Welt hinausgestoßen wird oder wenn aus gleich welchen geschichtlich-politischen Gründen diese gemeinsam bewohnte Welt auseinanderbricht und die miteinander verbundenen Menschen plötzlich auf sich selbst zurückwirft. [...] In der Verlassenheit sind die Menschen wirklich allein, nämlich verlassen nicht nur von anderen Menschen und der Welt, sondern auch von dem Selbst, das zugleich jedermann in der Einsamkeit sein kann.«⁴¹

In dieser Verlassenheit gingen Selbst und Welt, das heiße echte Denkfähigkeit und Erfahrungsfähigkeit, zugleich zugrunde.

»An der Wirklichkeit, die keiner mehr verlässlich bestätigt, beginnt der Verlassene mit Recht zu zweifeln; denn diese Welt bietet Sicherheit nur, insofern sie uns von anderen mit garantiert ist.«⁴²

Hannah Arendt resümiert:

»Was moderne Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit. Es ist, als breche alles, was Menschen miteinander verbindet, in der Krise zusammen, so daß jeder von jedem verlassen und auf nichts mehr Verlaß ist. Das eiserne Band des Terrors, mit dem der totalitäre Herrschaftsapparat die von ihm organisierten Massen in eine entfesselte Bewegung reißt, erscheint so als ein letzter Halt und die ›eiskalte Logik‹, mit der totalitäre Gewalthaber ihre Anhänger auf das Ärgste vorbereiten, als das einzige, worauf wenigstens noch Verlaß ist.«⁴³

Diese Erfahrung des Verlassenseins erzeuge eine dauerhafte gesellschaftliche Krise, die sich laut Arendt in einer doppelten Weltentfremdung äußert, die sie in ihrem 1958 erschienenen Werk *Vita activa* beschreibt. Die doppelte Weltentfremdung des modernen Menschen bestehe in der Flucht von der Erde in das Universum (Eroberung des Weltraums) und der Flucht aus der Welt in das Selbstbewusstsein (eine Art Autismus, Egozentrismus).⁴⁴

Die Flucht in das Selbstbewusstsein wird durch den die modernen Gesellschaften besonders kennzeichnenden Prozess der Individualisierung verstärkt, der dem Bereich des Privaten gegenüber dem Bereich des Öffentlichen mehr Bedeutung verleiht. Im Privatleben sei laut Arendt der Mensch jedoch wesentlich menschlicher Dinge beraubt: Beraubt der Wirklichkeit, die durch das Gesehen- und Gehörtwerden entstehe, beraubt einer ›objektiven‹, d.h. gegenständlichen, Beziehung zu anderen, die sich nur dort ergeben könne, wo Menschen durch die Vermittlung einer gemeinsamen Dingwelt von anderen zugleich getrennt und mit ihnen verbunden sind, beraubt schließlich der Möglichkeit, etwas zu leisten, das beständiger sei als das Leben.

»Der private Charakter des Privaten liegt in der Abwesenheit von anderen; was diese anderen betrifft, so tritt der Privatmensch nicht in Erscheinung, und es ist, als gäbe es ihn gar nicht. Was er tut oder läßt, bleibt ohne Bedeutung, hat keine Folgen, und was ihn angeht, geht niemanden sonst an. In der modernen Welt haben diese Beraubungen und der ihnen inhärente Realitätsverlust

zu jener Verlassenheit geführt, die nachgerade ein Massenphänomen geworden ist, in welchem menschliche Beziehungslosigkeit sich in ihrer extremsten und unmenschlichsten Form äußert.«⁴⁵

Die Ausbreitung der modernen Gesellschaft über den ganzen Erdball habe zu einer Verschleppung ihrer Phänomene, der Entwurzeltheit und Verlassenheit des Massenmenschen, in alle Länder der Welt geführt.⁴⁶ Die moderne Gesellschaft konstituiert sich aus entwurzelten und verlassenen Massenmenschen. Sie steht eigentlich vor der ständigen Herausforderung, die Beziehungslosigkeit unter den Menschen aufzuheben, um sie gesellschaftlich zu integrieren, um kollektive Handlungsfähigkeit bzw. politisches Handeln zu ermöglichen.

III. Rechtsradikalismus als Reaktion auf die gesellschaftliche Krise in Deutschland — Der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm äußerte beim Friedensgespräch: »Haben wir eine soziale Krise? Oder haben wir eine soziale Umbruchssituation? [...] Wir haben *keine* soziale Krise. Wir haben *Herausforderungen*, vor denen wir stehen.«⁴⁷ Hannah Arendt würde sagen, dass wir eine gesellschaftliche Dauerkrise haben, die eine ständige Herausforderung darstellt und durch soziale Umbruchssituationen noch verstärkt wird. Die vergleichende Rechtsextremismusforschung bestätigt, dass in den meisten westlichen Gesellschaften der Durchbruch des radikalen Rechtspopulismus zusammenfällt mit einer Periode tief greifenden sozio-kulturellen Wandels.⁴⁸ Rechtspopulistische Parteien appellierten unter anderem an latente öffentliche Gefühle der Verdrossenheit, Enttäuschung oder Angst.⁴⁹ Verdrossenheit, Enttäuschung und Angst sind jedoch Gefühle, die in liberalen Gesellschaften immer wieder vorkommen und phasenweise zu Protestverhalten führen können.

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand der empirischen Wahlforschung erfolgt die Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien immer dann, wenn auf der politischen Angebotsseite und der Nachfrageseite eine bestimmte Konstellation vorliegt. Erstens existiert ein attraktives organisatorisches oder personelles Angebot in Form einer rechtsextremen Partei und bzw. oder eines charismatischen Politikers. Zweitens wirkt auf die existierenden rechtsextremen Einstellungsmuster in der Bevölkerung verstärkt politische Unzufriedenheit,

»[...] die sich auf einen Mangel an Vertrauen in die Lösungskompetenz von Regierung und (etablierter) Opposition in Bezug auf wichtige politische Probleme zurückführen lässt, was dann verstärkt zur Wahl rechter und rechtsextremer Protestparteien führt. Stimmen diese Prämissen, ist – nicht nur hierzulande, sondern

überall dort, wo sie erfüllt sind und keine weiteren institutionellen Regelungen dies verhindern – mit immer wieder hochbrandenden Wellen von Rechtsextremismus zu rechnen.«⁵⁰

Klärner und *Kohlstruck* stellen 2006 fest, dass »[m]it der Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Phänomen Rechtsextremismus eine neue Qualität [bekam].«⁵¹ Es erfolgten pogromähnliche Ausschreitungen in Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) und nächtliche Anschläge gegen Wohnhäuser türkischstämmiger Deutscher in Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993).⁵²

»Mitte der 1990er Jahre weitete sich die Welle fremdenfeindlicher Gewalttaten dann zu einer neuen Form der Alltagsgewalt vor allem in ostdeutschen, kleinstädtischen und dörflichen Regionen aus.«⁵³

Diese neue Qualität des Rechtsextremismus lässt sich meines Erachtens mit der von Arendt entdeckten Krise moderner Gesellschaften erklären, die eben auf jener Erfahrung von Entwurzelung und Verlassenheit gründet. Arendt sagt, Verlassenheit entsteht, wenn die gemeinsam bewohnte Welt auseinanderbricht und die zuvor miteinander verbundenen Menschen plötzlich auf sich selbst zurückgeworfen werden. Durch die Wende 1989 in Deutschland haben die Bürger der ehemaligen DDR Entwurzelung und Verlassenheit in krassester Art und Weise erfahren müssen. Der ehemalige Minister für besondere Aufgaben *Lothar de Maizière* äußerte in einem Interview, das ich mit ihm 2004 geführt habe:

»Dann kam die Wende, das ist ein völlig untertreibender Begriff dafür. [...] Durch die ›Wende‹ wurde ja den Menschen Unglaubliches zugemutet. Es wurden an die soziale Lernfähigkeit der Menschen Anforderungen gestellt, wie sie die Bundesbürger nie erlebt haben. Die Veränderungen, die jetzt den Bundesbürgern peu à peu im Zuge der Schröderschen Reform zugemutet werden, sind ja Bagatellen gegen die Änderungen, die die Ostdeutschen getragen haben. Wir haben innerhalb von fünf Monaten ein neues politisches System, ein neues ökonomisches System, eine völlig neue Rechtsordnung, ein neues Bildungssystem und eine neue Werteordnung bekommen. Alles, was an Lebenserfahrung gesammelt war, war wertlos, war unbrauchbar. [...] Wir sind ausgewandert, ohne das Land verlassen zu haben.«⁵⁴

Roland Czada, Moderator des Friedensgesprächs, konstatierte, dass rechtsextremistisches Gedankengut und Gewalttaten auch im Westen nachweisbar seien und fragte, was denn das Spezifische im Osten sei.⁵⁵ Die Rechtswähler-Studie von *Jürgen W. Falter* zeigt, dass es zwischen west- und ostdeutschen Rechtswählern einen deutlichen Unterschied gibt. Hier-nach handelt es sich bei einem idealtypischen westdeutschen Rechtswähler

»[...] um einen verheirateten Mann über 45, der in einer Klein- oder Mittelstadt lebt, einer christlichen Kirche angehört, aber selten oder nie zur Kirche geht, Volks- oder Hauptschulabschluß besitzt, als Arbeiter oder einfacher Angestellter in einem festen Arbeitsverhältnis steht, sich (bisher) um seinen Arbeitsplatz nicht unmittelbar sorgt und weder selbst noch über ein anderes Mitglied seines Haushalts mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.«⁵⁶

Der idealtypische ostdeutsche Rechtswähler weicht davon deutlich ab:

»Bei ihm handelt es sich um einen jüngeren, alleine lebenden Mann aus einer eher kleineren Gemeinde, der einen mittleren Schulabschluß aufzuweisen hat, Arbeiter, und zwar öfter Facharbeiter als an- oder ungelerner Arbeiter ist, der seinen Arbeitsplatz häufiger als sein westdeutsches Pendant als gefährdet ansieht, im Gegensatz zu diesem keiner Konfession angehört und außerdem, wie sein Gegenpart aus den alten Bundesländern, kein Gewerkschaftsmitglied ist.«⁵⁷

Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Betrachtet man die Gemeinsamkeiten, dann fehlt beiden Typen eine gelebte Bindung an eine solidarische Gemeinschaft wie die Kirchen oder Gewerkschaften, die gemeinschaftlichen Halt und Lebenssinn vermitteln, und es handelt sich eher um Männer. Der Westtyp ist allerdings in familiärer, wenigstens in partnerschaftlicher Beziehung, mittleren Alters, ungebildet und materiell, wahrscheinlich auf niedrigem Niveau, abgesichert. Man könnte den westdeutschen rechtsradikalen Wähler als grundsätzlich Unzufriedenen interpretieren, der für seinen niedrigen Status ›denen da oben‹ und ›den Ausländern‹ die Schuld gibt, aber nicht ernsthaft die gesellschaftliche Ordnung infrage stellt. Dadurch kann er vor seiner Familie bzw. Frau und den Freunden sein Gesicht wahren, denn man könnte sich fragen, warum er bisher seine Lage nicht verbessern konnte. Schließlich ist er ja schon etwas älter, etabliert und lebt in einer Gesellschaft, in der man anscheinend durch persönliche Leistung weiterkommt.⁵⁸

Der Osttyp ist hingegen jung, alleinstehend, gebildeter als sein westliches Pendant, und er empfindet seine materielle Situation als prekär. Als junger Mann hat er noch viel vor, möchte eine Frau »erobern« und vielleicht auch eine Familie gründen, was der idealtypische westdeutsche Rechtswähler immerhin bereits erreicht hat. Der Osten Deutschlands jedoch bietet nicht dieselben Chancen wie der Westen. Deshalb ziehen viele junge Menschen, insbesondere Frauen, nach Westdeutschland.

Diesen Schritt wollen nicht alle tun. Aber wer dort bleibt, ist härteren Bedingungen ausgesetzt, als sie in Westdeutschland herrschen. Die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland wurden schlagartig von sozialistischen auf marktliberale umgestellt. In Westdeutschland erfolgt diese Umstellung seit der Schröder-Regierung schrittweise. Wer bietet sich in Ostdeutschland an, den Bruch der Wende, die plötzliche Entwurzelung und Verlassenheit zu verkraften helfen und eine neue gesellschaftliche Ordnung zu etablieren, die wieder Sicherheit, Geborgenheit, Vertrauen und Zuversicht bietet? Die Linke/PDS und die Rechte. Die etablierten Parteien und Interessenorganisationen des Westens sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Ostdeutschland offenbar nicht überzeugend genug aufgetreten, um der großen Mehrheit der Ostdeutschen das Gefühl zu vermitteln, im vereinigten Deutschland wirklich zuhause zu sein.

Was sollte sie daran hindern, sich zuhause zu fühlen? Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit. Die ostdeutsche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, »in der Arbeitslosigkeit zu einem dominanten Struktur- und Erfahrungsmoment geworden ist.«⁵⁹ *Berthold Vogel* spricht von einer »Zwei-Drittel-Gesellschaft« neuen Typs. Während es einem Drittel nach der Wende gelungen sei, sich dauerhaft im neuen Erwerbssystem zu etablieren, befänden sich etwa zwei Drittel in instabilen Erwerbspositionen oder seien bereits langzeitarbeitslos.⁶⁰ Im Zuge dieser Entwicklung hätte sich eine neue Soziallage der »Überzähligen« herausgebildet.⁶¹ Die Folge für die Betroffenen, die in dieser Soziallage leben müssten, sei soziale Isolation und Einsamkeit, ein absichtlicher Rückzug aus der Gesellschaft, wie Vogel darlegt.⁶²

»In einer Gesellschaft, in der Identität, Prestige und Sozialstatus sehr eng mit dem Erwerbstätigsein verknüpft ist [sic], zwingt Dauerarbeitslosigkeit die Betroffenen auf sich selbst zurück. Sie kämpfen mit sich selbst, nicht gegen die Gesellschaft.«⁶³

Bezogen auf den idealtypischen ostdeutschen Rechtswähler würde ich diesen als »verzweifelten Verlassenen« deuten, der seine Existenz durch die zunehmende Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse in Ostdeutschland bedroht sieht. Sein Selbstwertgefühl ist so stark, dass er nicht mit sich

selbst, sondern gegen die Gesellschaft kämpft, die ihn zu marginalisieren droht. Bei den Rechtsradikalen findet er Verbündete und gemeinschaftlichen Halt. Mit ihnen zusammen will er aus der Ohnmacht gelangen und Handlungsfähigkeit erreichen.

Dieser Typ eines Rechtsradikalen ist ein Warnsignal für die Gesellschaft. Denn er protestiert nicht nur, sondern er ist radikal in Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Lebensverhältnissen. Er findet sich inzwischen nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch bundesweit unter den Jugendlichen.

Wilhelm Heitmeyer nahm in seinen empirischen Untersuchungen über Jugendliche an, dass ein geringes Selbstwertgefühl in Verbindung mit einer schlechten schulischen bzw. beruflichen Position, geringerer Sicherheit durch Gruppenzugehörigkeiten sowie negativen Einschätzungen der gesellschaftlichen Zukunft (Undurchschaubarkeit, fehlende Einflussmöglichkeiten) zu einer stärkeren Hinwendung zu rechtsextremen Orientierungsmustern führe.⁶⁴ Diese Hypothese konnte er allerdings nicht verifizieren. Im Gegenteil, es seien ein positives Selbstkonzept und ein starkes Selbstwertgefühl, die stark mit autoritär-nationalistischen Sichtweisen korrelierten.⁶⁵ Zudem kommen alle neueren Rechtsextremismus-Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass fremdenfeindliche Orientierungen bei formal gering gebildeten und männlichen Jugendlichen vergleichsweise am stärksten ausgeprägt seien.⁶⁶

Wie können diese Befunde gedeutet werden? Wie hängen ein starkes Selbstwertgefühl und Rechtsradikalismus zusammen? Arendt sagt, Verlassenheit entsteht, wenn ein Mensch aus dieser Welt – man kann auch sagen aus dieser Gesellschaft – hinausgestoßen wird. Formal gering gebildete Jugendliche haben in Deutschland kaum eine Chance, beruflich erfolgreich und gesellschaftlich anerkannt zu werden. Was sie von dem ostdeutschen Rechtswähler unterscheidet, ist die Bildung und der Status. Die einen ›genießen‹ eine Bildung, die sie zu einem Leben in der Unterschicht verdammt, und die anderen verfügen über eine Bildung, die ihnen nichts nützt, um gesellschaftlich nach oben zu kommen. Den Ostdeutschen fehlen die soziale Herkunft aus der Mittel- und Oberschicht, Vermögen und persönliche Beziehungen, um gesellschaftlich zu reüssieren.⁶⁷ Dies haben sie mit den Jugendlichen aus so genannten bildungsfernen Elternhäusern, die sich überwiegend in den Hauptschulen befinden, gemeinsam. Die Teilsysteme der modernen Gesellschaft, sei es das Bildungssystem, das Wirtschaftssystem oder das Renten- und Sozialsystem, produzieren Ausgeschlossene und ›Überflüssige‹. Seit der Wiedervereinigung müssen die westdeutschen Teilsysteme zusätzlich Individuen integrieren, die kaum die Voraussetzungen für die westdeutsche Gesellschaft erfüllen. So werden – konzentriert auf dem Gebiet der neuen Bundesländer – Ausgeschlossene

und ›Überflüssige‹ produziert, die keine Chance haben, vor Ort ihre Lage zu verbessern, auch wenn sie sich noch so sehr bemühen. *Uwe-Karsten Heye* berichtet in den Friedensgesprächen über die ländlichen Gebiete in Ostdeutschland, dass »[v]iele, die bleiben und nicht gehen können, das Gefühl [haben], als ›Verlierer‹ zurückzubleiben, ausgegrenzt zu sein von jeder Möglichkeit, eine ökonomische Besserung für das eigene Leben bewerkstelligen zu können.«⁶⁸

Die westdeutsche Leistungsideologie bestreitet im Grunde, dass jemand aufgrund äußerer Umstände daran gehindert wird, seine persönliche Situation zu verbessern. Welche Möglichkeiten haben Betroffene, die aufgrund äußerer Umstände in einen niedrigen Sozialstatus fallen, auf ihre Lage zu reagieren? Sich als ›Leistungsunfähige‹ zu erkennen, dazu zu stehen und sich auf materiell niedrigstem Niveau von der Gesellschaft als ›Schmarotzer‹ aushalten zu lassen oder mehrere schlecht bezahlte Minijobs anzunehmen? Oder sich immer wieder in Weiterbildungsmaßnahmen zu begeben und sich zum Narren halten zu lassen? Es wundert nicht, wenn Innenminister Schönbohm berichtet, dass »[d]as Wort ›Qualifizieren‹ in den neuen Ländern keinen guten Klang mehr [hat]. Viele Menschen haben sich immer wieder neu qualifiziert für eine Aufgabe, waren dann kurzzeitbeschäftigt und wurden irgendwann wieder arbeitslos.«⁶⁹

Wie kann eine Person, die ein starkes Selbstwertgefühl hat, auf ihren gesellschaftlichen Ausschluss, auf ihre ›Überflüssigkeit‹ reagieren? Biografieanalysen rechtsradikaler Jugendlicher zeigen, dass diese Jugendlichen nach identitätsstiftender Zugehörigkeit,⁷⁰ nach Autonomie und Orientierung⁷¹ suchen. Die Erfahrung familialer Desintegration,⁷² des Nichtvertrauens in die Perspektive der Eltern,⁷³ das Erleben der Eltern als nicht verlässliche Bezugspersonen,⁷⁴ die Erfahrung von Ungleichbehandlung und Gewalt⁷⁵ werden als Ursachen für die Hinwendung der Jugendlichen zum Rechtsradikalismus gedeutet. Der Nationalismus ist für sie ein sinnstiftendes Identitätskonzept, das in Zusammenhang mit Rechtsradikalismus *Handlungsfähigkeit* gegen das etablierte System verspricht, auf das für diese Jugendlichen kein Verlass ist und das auf sie verzichtet.

Anthony Smith definiert Nationalismus als »eine ideologische Bewegung zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Autonomie, Einheit und Identität für eine Bevölkerung, die eine bestehende oder potentielle Nation darstellt.«⁷⁶ Als Gegenreaktion auf ihre eigene Erfahrung von Ausgeschlossenheit, Überflüssigkeit und Gewalt definieren sich Rechtsradikale über Ideologien der Ungleichheit bzw. Ungleichheitsvorstellungen, in denen sie zu ›den Besseren‹ gehören, und stimmen physischen Gewaltakten bzw. deren aktiver Ausübung zu.⁷⁷

In der Forschung führen unzählige Veröffentlichungen die Erfolge rechtsextremer Parteien auf ökonomische Faktoren zurück. Die wichtigste

Barriere gegen rechte Bewegungen wäre demnach eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.⁷⁸ Winkler hält von diesem beliebten Erklärungsansatz nicht viel. Fruchtbarer sei es, Rechtsextremismus allgemeiner auf »Ungleichgewichtszustände« zurückzuführen.⁷⁹

Welche Zustände sollen dabei nicht im »*Gleichgewicht*« sein? Die Ungleichgewichtszustände beziehen sich vor allem auf das Verhältnis von Personen zu den Kollektiven, denen sie zugehören.⁸⁰ Das heißt, der Zustand eines Individuums in der Gesellschaft entspricht nicht dem Zustand, den Individuen normalerweise in dieser Gesellschaft haben oder den sie sich wünschen. Das Verhältnis eines Individuums zur Gesellschaft ist also im Ungleichgewicht. Im Mittelpunkt dieses Theorieansatzes stehen Konstrukte wie Ungleichheit, Unzufriedenheit, Statuspolitik, Frustration, Modernisierungsverlierer usw. Die einflussreichste Idee dieses Ansatzes stammt bereits aus dem Jahr 1964 von *Hofstadter* und *Lipset*. Demnach neigten Personen dazu, die ihren *Status* in Gefahr sehen, rechtsextreme Bewegungen zu unterstützen und auch andere rechte Handlungsformen zu wählen.⁸¹ Dieser Erklärungsansatz ist m.E. durchaus nachvollziehbar, zumal sich subjektive Entbehrungen bei den Anhängern rechtsextremer Bewegungen nachweisen ließen.⁸² Folgt man den obigen Ausführungen, muss aber zu den wirtschaftlichen Entbehrungen das Gefühl der Chancenlosigkeit, sich aus der Lage durch eigene Anstrengung befreien zu können, hinzukommen sowie das Selbstwertgefühl, es eigentlich schaffen zu können, wenn man denn tatsächlich die Chance dazu hätte.

Es gibt eine Art von Rechtsradikalismus, der nicht nur ein Ausdruck von Unzufriedenheit und Protest ist, sondern der explizit auf dem *Willen zum Handeln*, auf dem Willen zur Autonomie gründet und bereit ist, sich gegen die ganze Gesellschaft zu stellen. Er ist eine Reaktion auf die moderne Gesellschaft, in der Teile der Bevölkerung Handlungssohnmacht und Chancenlosigkeit ausgeliefert sind und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. In Deutschland wird dies insbesondere seit den 1990er Jahren großen Teilen der Bevölkerung zugemutet, z.B. Ostdeutschen in Ostdeutschland, Angehörige bildungsferner Schichten, Altersarmen, »Hartz IV«-Empfängern. Dies widerspricht den Grundwerten einer liberalen demokratischen Gesellschaft, die ideologisch auf Freiheit, Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründet.

Der liberale Freiheitsgedanke beinhaltet die freie Selbstbestimmung und -entfaltung des Individuums, also seine Lebensgestaltung selbst in die Hand zu nehmen, sein Lebensglück (oder -pech) selbst zu verantworten, das heißt in Autonomie leben zu können. Die Idee der Demokratie bettet den liberalen Freiheitsgedanken in einen gesellschaftlichen Zusammenhang ein. So soll allen Individuen einer Gesellschaft diese Freiheit ermöglicht und gewährleistet werden. Alle sollen die Chance haben, unter Rücksicht-

nahme auf den Freiheitsraum der anderen, sich selbst zu verwirklichen. Diese Chancengleichheit (als Mittel) zur Freiheit eines jeden (als Ziel) in Solidarität (als Begrenzung des Egoismus) bedeutet letztlich soziale Gerechtigkeit.

Die Rechtsradikalen weisen auf die Pathologie westlicher Industriegesellschaften hin, Verlassene zu produzieren und systembedingte Ungleichheit als ›Chancengleichheit‹ auszugeben. Die Krise der modernen Gesellschaft besteht also in der Verlassenheit und Handlungsohnmächtigkeit des Massenmenschen.

Die Empfindung der Krise könnte sich durch Globalisierung und *global governance* noch verschärfen. Anders als in vielen Teilen der Welt ist hierzulande und in unserem unmittelbaren europäischen Umfeld ein ›*clash within civilization*‹, der die politische Ordnung erschüttern könnte, auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Aber auch unsere politische Ordnung – einsozialisiert und heute weithin akzeptiert – ist nicht unter allen Bedingungen erschütterungsfest. Denn die *Zivilisierung* des modernen Konfliktes, so meine Beobachtung eingangs, ist extrem voraussetzungsvoll, folglich eine nicht endende Herausforderung – eine politische Aufgabe, ohne deren Bewältigung Friedensarrangements jenseits der einzelnen Staaten und Gesellschaften brüchig bleiben, von den Erfolgchancen einer nachhaltigen Weltordnungspolitik (*global governance*) ganz zu schweigen.

-
- 1 Hannah Arendt: Ideologie und Terror: Eine neue Staatsform [1953]. In: Bruno Seidel / Siegfried Jenkner (Hg.): Wege der Totalitarismus-Forschung. Darmstadt 1974, S. 133-167, hier: S. 134 f.
 - 2 Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Jürgen W. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen R. Winkler (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 27 / 1996. Opladen, S. 25-48, hier: S. 44.
 - 3 Arendt (Anm. 1), S. 133.
 - 4 Ebd., S. 134.
 - 5 Vgl. ebd., S. 136, S. 144.
 - 6 Ebd., S. 137.
 - 7 Hannah Arendt: Macht und Gewalt [1970]. Frankfurt am Main, Wien, Zürich 2005, S. 70.
 - 8 Vgl. ebd., S. 73.
 - 9 Ebd., S. 70 f.
 - 10 Hannah Arendt: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. Hg. von Ursula Ludz. München 2005, S. 28.
 - 11 Ebd., S. 42.
 - 12 Vgl. Immanuel Kant: Kritik der praktischen Vernunft, I, § 8.
 - 13 Vgl. ebd., I, § 5.
 - 14 Vgl. Arendt (Anm. 1), S. 138.
 - 15 Vgl. ebd., S. 139.
 - 16 Ebd., S. 146.
 - 17 Vgl. ebd., S. 145.
 - 18 Vgl. ebd., S. 147.
 - 19 Ebd., S. 144.
 - 20 Vgl. ebd., S. 149.

- 21 Vgl. ebd., S. 148.
 22 Ebd., S. 150.
 23 Ebd., S. 151 f.
 24 Ebd., S. 153.
 25 Ebd.
 26 Ebd., S. 154.
 27 Ebd.
 28 Ebd., S. 158.
 29 Vgl. ebd., S. 156.
 30 Ebd., S. 157.
 31 Ebd., S. 159.
 32 Ebd.
 33 Vgl. ebd., S. 160.
 34 Ebd.
 35 Ebd., S. 161.
 36 Vgl. ebd.
 37 Ebd., S. 162.
 38 Vgl. ebd., S. 163.
 39 Ebd., S. 164.
 40 Vgl. ebd.
 41 Ebd., S. 165.
 42 Ebd., S. 166.
 43 Ebd.
 44 Vgl. Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben* [1967]. München 1998, S. 15.
 45 Ebd., S. 73.
 46 Vgl. ebd., S. 329.
 47 Jörg Schönbohm, vgl. im vorliegenden Band S. 47
 48 Vgl. Hans-Georg Betz: Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa. In: Falter u.a. (Anm. 2), S. 363-375, hier: S. 363.
 49 Vgl. ebd.
 50 Jürgen R. Winkler / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen W. Falter: Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung. In: Dieselben (Anm. 2), S. 9-21, hier: S. 14.
 51 Andreas Klärner / Michael Kohlstruck: Rechtsextremismus – ein Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Dieselben (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Bonn 2006, S. 7-41, hier: S. 24.
 52 Vgl. ebd., S. 24 f.
 53 Ebd., S. 25.
 54 Unveröffentlichtes Interview d. Verfasserin mit Lothar de Maizière in Berlin, 16. März 2004.
 55 Roland Czada, vgl. im vorliegenden Band S. 54
 56 Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München 1994, S. 105 f.
 57 Ebd., S. 106.
 58 Befunde des Datenreports zeigen, dass die Mehrheit der Westdeutschen an die Leistungsideologie der westdeutschen Gesellschaft glaubt. So spiegele das Ausmaß an sozialer Ungleichheit die Leistungen und Fähigkeiten der Menschen wider und sie sei notwendig, um die Bürger zu hohen Leistungen zu motivieren. Diese Haltung wird durch folgende Aussagen erfasst: »Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat« und »Nur wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen«. Der ersten Aussage stimmen 60%, der zweiten Aussage 64% der Westdeutschen und 41 bzw. 47% der Ostdeutschen zu. (Vgl. Datenreport 2006, S. 625 ff.)
 59 Berthold Vogel: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels. SOFI-Mitteilungen Nr. 27/1999, S. 21. Im Internet unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/Nr._27/vogel.pdf, 13.06.2008.
 60 Vgl. ebd., S. 16.
 61 Vgl. ebd., S. 17.
 62 Vgl. ebd., S. 19.

- 63 Ebd., S. 20.
- 64 Vgl. Albert Scherr: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus. In: Falter u.a. (Anm. 2), S. 97-120, hier: S. 106.
- 65 Vgl. ebd.
- 66 Vgl. ebd., S. 101.
- 67 So glauben laut Datenreport 92 bis 98% der Deutschen insgesamt, je nachdem, welche der folgenden Antwortkategorien ihnen vorgelegt werden, dass individuelle Leistungen und Fähigkeiten wie Fleiß, Bildung, Eigeninitiative und Intelligenz in Deutschland wichtig bzw. sehr wichtig sind, um gesellschaftlich »nach oben« zu kommen. Aber nur eine Minderheit glaubt, dass soziale Herkunft (38% West, 30% Ost), Vermögen (33% West, 21% Ost) und Beziehungen (12% West, 5% Ost) keine Rolle spielen würden; vgl. Datenreport 2006, S. 625 ff.
- 68 Uwe-Karsten Heye, vgl. im vorliegenden Band S. 57.
- 69 Jörg Schönbohm, vgl. im vorliegenden Band S. 54.
- 70 Vgl. Christine Wiezorek: Rechtsextremismusforschung und Biografieanalyse. In: Klärner / Kohlstruck (Anm. 51), S. 240-256, hier: S. 248.
- 71 Vgl. ebd., S. 254.
- 72 Vgl. ebd., S. 244.
- 73 Vgl. ebd., S. 245.
- 74 Vgl. Michaela Köttig: Zur Entwicklung rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen. In: Klärner / Kohlstruck (Anm. 51), S. 257-274, hier: S. 268.
- 75 Vgl. ebd., S. 268 ff.
- 76 Anthony Smith: Nationalism – Theory, Ideology, History. Cambridge 2001, S. 9.
- 77 Vgl. Andreas Klärner / Michael Kohlstruck: Rechtsextremismus – ein Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Dieselben (Anm. 51), S. 7-41, hier: S. 27 f.
- 78 Vgl. Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Falter u.a. (Anm. 2), S. 25-48, hier: S. 34.
- 79 Vgl. ebd., S. 45.
- 80 Vgl. ebd., S. 33.
- 81 Vgl. ebd.
- 82 Vgl. ebd., S. 35.